

Zeichen der Zeit : "Ex-Jugoslawien" oder "Das Ende des Pazifismus?"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

«Ex-Jugoslawien» oder «Das Ende des Pazifismus?»

Mit dem Untergang des «real existierenden Sozialismus» ist die Welt nicht friedlicher, der friedliche Wandel in Ostmitteleuropa nicht zum Modell für die Lösung neu ausbrechender Konflikte geworden. Seit Monaten erschüttern uns Bilder und Berichte von einem entsetzlichen Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Sie führen uns darüber hinaus die eigene Hilflosigkeit vor Augen. Der Ruf nach gewaltsamer Intervention ist auch ein Zeichen dieser Hilflosigkeit. Aber kann Krieg denn nur durch Krieg überwunden werden? Und hiesse «Pazifismus» einfach zuschauen, wie massenweise Menschen ermordet, Frauen vergewaltigt, Völker vertrieben werden?

«Ethnische Säuberung»

Mord beginnt beim bösen Wort. Hinter den Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien steht ein Wort, das nach dem Zweiten Weltkrieg unsagbar, ja undenkbar geworden sein müsste: das Wort von der «ethnischen Säuberung». Es steht hinter den *Bildern*, die wir täglich zu sehen bekommen: Heckenschützen, die auf Kinder zielen und Lebensmittellager in Brand schießen, Verwundete, die ohne Narkose operiert werden, von Haubitzen zerstörte Häuser, Spitäler und Kunstdenkmäler. Es steht hinter den *Berichten* über Konzentrationslager, Folterungen, systematische Vergewaltigungen, Massenexekutionen. Unicef verlangt Hilfe für eine Million Kinder, die unter dem Eindruck brutalster Gewaltakte ein seelisches Trauma erlitten haben (TA, 11.1.93).

Am schwersten wiegt das Schicksal der *Muslimen* in Bosnien-Herzegowina. Sie werden als «Fundamentalisten» und

«Kämpfer Allahs» diffamiert, obschon es kaum einen Islam gibt, der in der Vergangenheit soviel Aufklärung in sich aufgenommen und soviel Toleranz praktiziert hat wie der bosnische. «Europa und Amerika müssen endlich verstehen, dass hier das Prinzip der westlichen Zivilisation verteidigt wird», sagt der muslimische Präsident von Bosnien-Herzegowina Alija Izetbegovic, der für eine «Bürgerrepublik der Moslems, Serben und Kroaten» eintritt (Spiegel, 3.8.92). «Ethnische Säuberung» bedeutet, dass «die älteste und bedeutendste islamische Kultur auf europäischem Boden vernichtet und damit den Muslimen ihre Identität genommen» wird, schreibt auch die NZZ (23.11.92).

Wenn es nach der veröffentlichten Meinung geht, sind «die Serben» die Kriegstreiber. Wer aber die Geschichte nur ein wenig kennt, hat seine Zweifel an einseitigen Schuldzuweisungen. Gewiss haben serbische *Tschetniks* schon einmal, 1941, Tausende von Muslimen massakriert. Aber ebenfalls 1941 kollaborierte die kroatische *Ustaschabewegung* mit Hitlers Invasionsarmee. «Serbien muss sterben», war nicht nur eine Nazi-Parole, auch der ideologische Ahnherr des Ustaschafaschismus Ante Starcevic hatte seinen Vernichtungswillen mit dem bösen Wort kundgetan, dass «die Serben eine Arbeit für den Schlachthof» seien. Selbst Kroatiens Erzbischof Stepinac protestierte nicht gegen den Massermord, den die Ustascha-Milizen an Serbinnen und Serben begingen. In der Zwangskatholisierung der orthodoxen Bevölkerung glaubte er gar, «die Hand Gottes zu erkennen».¹

Und heute? Ist es nur die serbische Seite, die *Kriegsverbrechen* begeht? Oder erregt

die serbische Aggression die Weltöffentlichkeit deshalb mehr, weil Rest-Jugoslawien über die stärkeren Bataillone verfügt, und nicht, weil die Kroaten und Muslime einen weniger schmutzigen Krieg führten? Fest steht, dass auch die kroatische Seite mit dabei ist, wenn es um die Vertreibung der Muslime geht. Und von Muslimen heisst es, sie kämpften «heute auf eine genauso grausame Weise gegen die Serben wie die Serben gegen die Muslime»².

Am 12. Januar haben in Genf die Konfliktparteien den *Vance-Owen-Plan* angenommen, der einen souveränen Staat Bosnien-Herzegowina mit zehn autonomen Provinzen vorsieht. Das selbsternannte serbisch-bosnische Parlament hat diesem Kompromiss zwar zugestimmt, dabei aber mehr Fragen offen gelassen als beantwortet. Unklar ist der Grenzverlauf der zehn «Kantone». Die Grenzen nur nach Volksgruppen zu ziehen, dürfte kaum möglich sein und wäre obendrein eine nachträgliche Legitimation der «ethnischen Säuberung». Es ist nicht auszuschliessen, dass die serbische Seite die «Kantonalisierung» zum Vorwand nimmt, um einen Separatstaat auf dem Grossteil von Bosnien-Herzegowina zu schaffen. Aber auch die kroatische Seite erhielt für 17 Prozent der Bevölkerung 25 Prozent des Staatsgebietes in bester geographischer Lage zugeschlagen. Ein Ende der blutigen Auseinandersetzung ist nach dieser Verteilung der Beute durch die Genfer Konferenz nicht in Sicht.

Was passiert, wenn nichts geschieht?

Bleibt also nur die *militärische Intervention*? Erinnerungen werden wach an einen Diktator, der sich auf das «Selbstbestimmungsrecht» berief, um die von seinen «Volksgenossen» besiedelten Gebiete «heim ins Reich» zu holen. Gegen den Rückfall in ein neues «Appeasement» argumentieren EG-Kommissionspräsident Jacques Delors und Britanniens Lady Thatcher. US-Präsident Clinton hatte während seines Wahlkampfes das einfache Rezept zur Hand, er «würde mit dem Einsatz der Luftwaffe gegen die Serben beginnen»

(Spiegel, 10.8.92). Auch der Papst fordert dazu auf, die Serben zu «entwaffnen». Und die Presse berichtet von «Pazifisten aus der Schweiz, die kürzlich in Zagreb und Belgrad waren» und «nach ihrer Rückkehr Zweifel an ihrem bedingungslosen Pazifismus» bekundeten (TA, 31.12.92).

Soviel ist allen klar: Wenn nichts geschieht, wird die *Balkanisierung des Konflikts* unausweichlich. *Kosovo* ist das nächste Pulverfass, an dem schon die Lunte brennt. 1990 hatte das serbische Parlament die Autonomie dieser Provinz aufgehoben, die darauf von zwei Millionen Albanerinnen und Albanern in einer Volksabstimmung zur unabhängigen Republik erklärt wurde. Heute ist Kosovo von serbischen Truppen besetzt, die «ethnische Säuberung» in vollem Gang. Eskaliert die Unterdrückung, wird Albanien nicht tatenlos zusehen. Greifen die Feindseligkeiten auf Mazedonien über, kann dies den Kriegseintritt von Griechenland und Bulgarien bedeuten.

Wenn nichts geschieht, werden die *islamischen Völker* sich der westlichen Welt, die sie für die «christliche» halten, weiter entfremden, auch der UNO, die für diese westliche Welt Partei ergreift. Das Istanbul Boulevardblatt *Hyrriet* empört sich über einen Westen, der zwar «für das winzige Kuwait die grösste Armada der Geschichte von einem Ende der Welt an das andere versetzt», aber nicht bereit ist, die 5 Millionen Muslime, die ausser in Bosnien und Kosovo im Sandschak und in Mazedonien leben, zu schützen (Spiegel, 10.8.92). Von einer islamischen Armee ist die Rede, die dem Morden an den bosnischen Muslimen ein Ende bereiten müsse. Angesichts «historischer und familiärer Bande» droht auch das türkische Regime, die serbischen Stellungen rund um Sarajevo «selektiv zu bombardieren» und Luftlandetruppen zu entsenden (Spiegel, 17.8.92). Die UNO steht unter Zugzwang. Sie darf Völkerrecht nicht nur dann durchsetzen, wenn es von einem arabischen Staat wie dem Irak gebrochen wird.

Was passiert in andern Spannungsbereichen, wenn militärische Landnahme und

Terror in Ex-Jugoslawien von der Völkergemeinschaft geduldet werden? Was, wenn das schlechte Beispiel in der *ehemaligen Sowjetunion* Schule macht und die vier Republiken, die über Nuklearwaffen verfügen, in gewaltsame Auseinandersetzungen verwickelt werden? Was, wenn in Russland die proserbische Fraktion, die in Ex-Jugoslawien ebenfalls intervenieren möchte, an die Macht kommt?

Alternativen zur Gewalt

Wie sollen wir auf die wachsende Bereitschaft zur militärischen Intervention in Ex-Jugoslawien antworten? Wenn es keine Alternative gäbe und wenn die UNO, ausgestattet mit der Autorität der Völkergemeinschaft, dem Krieg ein gewaltsames Ende setzen könnte, dann dürfte, ja müsste diese schwerwiegendste Sanktion der UNO-Charta wohl bejaht werden. Noch vor Ausbruch des Golfkriegs habe ich *Ragaz* zitiert, der nach dem Überfall Italiens auf Abessinien 1935 schrieb: «Der Völkerbund soll mit aller Kraft, die ihm zur Verfügung steht, den Krieg verhindern... Aber der Völkerbund verliert seinen Sinn ohne Sanktionen. Diese können und sollen vor allem moralischer und wirtschaftlicher Art sein, gewiss, aber es muss mit aller Klarheit ins Auge gefasst werden, dass diese zum Kriege führen können. Und da ist nun zu sagen: Ein solcher Krieg wäre kein Krieg im bisherigen Sinne mehr, sondern eine Polizeiaktion im Kolossalstil, eine Aktion im Dienste eines übernationalen Rechtes... Ich glaube, dass man auf dem Boden des Völkerbundes dieser Konsequenz nicht entrinnen kann, so furchtbar sie ist.»³

Gerade weil eine «Polizeiaktion im Kolossalstil» so «furchtbar» wäre, dürfte sie nur von einer rechtlichen und moralischen *Autorität* beschlossen werden. Diese hat im Golfkrieg gefehlt, darum auch keine «neue Weltordnung» begründet. Im Gegenteil, seit dem Golfkrieg gilt Gewalt wieder weltweit als Mittel der Konfliktbewältigung – auch in Ex-Jugoslawien.

Weil eine Polizeiaktion der Völkergemeinschaft genauso *verheerende Kon-*

sequenzen haben kann wie ein «normaler» Krieg, müssen die Risiken bedacht werden. Das Mittel ist sonst schlimmer als das Übel, das es bekämpfen soll. Die Verantwortlichen wissen nur, wo, wann und wie ein militärischer Einsatz beginnt, aber nicht, wo, wann und wie er enden wird. Grossbritanniens Aussenminister Hurd warnt, «dass es einfacher sei, Interventionen mit Bodentruppen einzuleiten als zu beenden». «Präzisionsbombardierungen», die als Alternative zu einer Interventionsarmee empfohlen würden, seien dagegen «Lehnstuhloptionen», wie das Beispiel des Golfkriegs zeige (NZZ, 31.12.92). Die grössten Opfer hätte die Zivilbevölkerung zu beklagen; denn die militärischen Mittel liessen sich in diesem kriegesischen Labyrinth gar nicht zielgenau einsetzen.

Gegen eine militärische «Operation» der UNO sprechen eine Reihe weiterer Gründe:

– Die 8500 in Bosnien-Herzegowina stationierten Blauhelme müssten ihre Hilfe an die leidende Zivilbevölkerung einstellen, weil sie von serbischer Seite als Feinde betrachtet, bekämpft oder als Geiseln genommen würden.

– Ein von der UNO legitimierter Militärschlag könnte die wildgewordene Soldateska nicht daran hindern, weitere Morde und Vergewaltigungen zu begehen, sondern würde derartigen Kriegsgreueln eher noch Vorschub leisten.

– Die Interventionstruppen hätten gegen eine restjugoslawische Armee zu kämpfen, der 140 000 Soldaten, 1000 Panzer und 400 Kampfflugzeuge zur Verfügung stehen. Dies auf einem Territorium, das, mit Verteidigungsanlagen durchsetzt, einst als «Titos Alpenfestung» galt.

– Kroaten, Kosovo-Albaner und Türken wären kaum davon abzuhalten, eine Polizeiaktion der UNO gegen Serbien zu «unterstützen». Ob Intervention oder Nichtintervention, die Gefahr der Eskalation zu einem den ganzen Balkan erfassenden Flächenbrand wäre beide Male dieselbe.

Weil eine militärische Intervention immer nur das letzte Mittel sein kann, um dem Morden ein Ende zu bereiten, sind zunächst

andere Mittel einzusetzen oder zu prüfen. Es können *wirtschaftliche Sanktionen* sein, wie das Ölembargo gegen Rest-Jugoslawien, das viel zu spät verhängt und nicht einmal konsequent durchgesetzt wurde. Es hätte der serbischen Armee die Treibstoffversorgung erschwert, wenn nicht verunmöglicht. Ein umfassendes Wirtschaftsembargo wäre auch jetzt noch ein wirksames Mittel gegen Aggressionen und «ethnische Säuberungen».

Was bis heute fehlt, ist *entschlossenes Handeln der EG und der KSZE*. Statt dessen übernahm das «wiedervereinigte Deutschland» die europäische Führungsrolle in der Anerkennung von Slowenien und Kroatien. Damit ergab sich die weitere Entwicklung fast zwangsläufig: Die jugoslawische Zentralmacht wurde zum Feind der westlichen Welt gestempelt und intervenierte. Katastrophal hat sich die internationale Anerkennung von Bosnien-Herzegowina ausgewirkt, noch bevor sich die verschiedenen Volksgruppen einigen konnten, wie der neue Staat aussehen sollte. Auch die KSZE, die 1991 die Unverletzlichkeit der äusseren wie der inneren Grenzen Jugoslawiens betont hatte, unternahm nichts, um die eigenen Grundsätze durchzusetzen.

Sinnvoller als nach Sanktionen zu rufen, wäre der Versuch, die *tieferen Ursachen* dieser erschreckenden Eruption von Gewalt zu bekämpfen. Die Seuche des Ethnozentrismus und Nationalismus kommt von einer existentiellen Verunsicherung, die nicht nur durch den Zusammenbruch des «Sozialismus», sondern auch durch die Weltwirtschaftskrise entstanden ist. Besser als eine «Polizeiaktion im Kolossalstil» wäre darum eine «Wirtschaftshilfe im Kolossalstil». Auch Serbien darf nicht als Paria der Völkergemeinschaft verstossen werden, sondern muss seiner Zukunftsperspektive im neuen Europa gewiss sein. Wer den ehemals «realsozialistischen» Ländern nur freien Markt statt soziale Gerechtigkeit anbietet, gibt ihnen Steine statt Brot und infiziert sie erst noch mit dem Gift des Egoismus, das Individuum wie Kollektiv zerstört.

Dringend notwendig sind *Friedensprojekte*, die den Nationalismus in Ex-Jugoslawien überwinden helfen. Frankreichs Staatspräsident Mitterrand ist mit dem guten Beispiel vorangegangen, als er im Juni 1992 die riskante Reise nach dem belagerten Sarajevo antrat, um dort ein Zeichen für das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen im neuen Europa zu setzen. Er wurde in der saudiarabischen Presse mit Sultan Saladin verglichen, der Jerusalem von den Kreuzrittern zurückerobert hatte. Wie wär's mit einer friedlichen Invasion aller wichtigen Staatsleute dieser Welt, um die verfeindeten Gruppen zu trennen? Wie mit einer gewaltfreien Intervention internationaler Friedensbrigaden, um den zivilen Widerstand in Ex-Jugoslawien zu stärken? Wie mit «Medienblauhelmen», um der Opposition gegen den Krieg eine Stimme zu geben? Wie mit kommunalen Partnerschaften, die nach dem Beispiel der schweizerisch-belgischen Aktion «Gemeinden gemeinsam» ethnisch gemischte Gemeinden in Ex-Jugoslawien unterstützten? Wie mit Kirchen und Moscheen, die ihre Gläubigen nicht nur zum Frieden aufrufen, sondern ihnen die Waffen aus der Hand nehmen würden?

Nationalismus muss auch dadurch widerlegt werden, dass europäische Staaten die vertriebenen Menschen bereitwillig aufnehmen. Gegen die Ideologie der «ethnischen Reinheit» hilft nur der Tatbeweis, der das Gegenteil praktiziert: die multikulturelle, auf Austausch von verschiedenen Mentalitäten, Traditionen und Werten bedachte Gesellschaft, die auch *Flüchtlingspolitik* nicht als lästige Aufgabe, sondern als Herausforderung an die eigene Identität betrachtet.

1 Vgl. Karlheinz Deschner, *abermals krähte der hahn*, Hamburg 1972, S. 563ff.

2 Bischof Vekoslav Grmic, in: *Kritisches Christentum*, Januar 1993.

3 NW 1935, S. 431; vgl. *Zeichen der Zeit*, in: NW 1990, S. 301.